

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/045(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  27.06.2013	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6	17:00Uhr	20:40Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Lenkungsausschuss Buckau
- 4 Beschlussvorlagen
  - 4.1 Entscheidung über das Bestehen des öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Wiesenweg" FB 62 DS0185/13
    - 4.1.1 DS0185/13/1 - Entscheidung über das Bestehen des öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Wiesenweg" CDU/BfM
  - 4.2 Einziehung eines Abschnitts der Straße Zum Waldsee Amt 66 DS0225/13
  - 4.3 Lärmschutzwand Kanonenbahn, Kreuzung Am Hammelberg (Stahlbau Magdeburg GmbH) Amt 66 DS0227/13

4.4	Aufnahme von Windkraftanlagen zu Forschungszwecken in den Regionalen Entwicklungsplan Amt 61	DS0135/13
4.5	Einleitung Satzungsverfahren vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 153-1.1 "Ziolkowskistraße 15 g/f" Amt 61	DS0105/13
4.6	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 489-2 "Am Volkspark" Amt 61	DS0095/13
4.7	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 402-4 „Östlich Emanuel-Larisch-Weg“ Amt 61	DS0066/13
4.8	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 355-4.1 "Hängelsbreite" Amt 61	DS0070/13
4.9	3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten", Teilbereich A und öffentliche Auslegung des Änderungsentwurfes Amt 61	DS0153/13
4.10	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 334-1 "Kroatenweg/Bergstraße" Amt 61	DS0122/13
4.11	Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 301-2 "Olvenstedt 5.2" einschließlich der Satzung zur 1. Änderung Amt 61	DS0173/13
5	Anträge	
5.1	Erweiterung des Sitzplatzangebotes auf dem Spielplatz Schellheimer Platz SPD	A0036/13
5.1.1	Erweiterung des Sitzplatzangebotes auf dem Spielplatz Schellheimerplatz SFM	S0072/13
5.2	Wiederherstellung Rundbänke Olven I DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0042/13
5.2.1	Wiederherstellung Rundbänke Olven I Amt 61	S0077/13
5.3	Verkehrsberuhigung in der Spielhagenstraße DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0044/13
5.3.1	Verkehrsberuhigung in der Spielhagenstraße Amt 61	S0098/13

5.4	Verkehrsplanung im Kontext der Neugestaltung der ÖPNV-Haltestelle Kroatenweg DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0030/13
5.4.1	Verkehrsplanung im Kontext der Neugestaltung der ÖPNV-Haltestelle Kroatenweg Amt 61	S0103/13
5.5	ÖPNV-Anbindung Beimsstraße – alternative Prüfung unter Einbeziehung der Buslinien 52 und 55 SPD	A0031/13
5.5.1	ÖPNV-Anbindung Beimsstraße – alternative Prüfung unter Einbeziehung der Buslinien 52 und 55 Amt 61	S0101/13
6	Informationen	
6.1	Qualifizierung des Verkehrslandeplatzes Magdeburg Dez. III/Team 5	I0142/13
6.2	Entwicklungen im Umfeld der Maybachstraße Amt 61	I0086/13
7	Mitteilungen und Anfragen	

Anwesend:

**Stellvertretender Vorsitzender**

Stadtrat Frank Schuster

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Martin Rohrßen  
Stadtrat Reinhard Stern  
Stadtrat Marcel Guderjahn  
Stadtrat Bernd Krause  
Stadtrat Walter Meinecke  
Stadtrat Jürgen Canehl  
Stadtrat Gregor Bartelmann

**Vertreter**

Stadtrat Jens Rösler

**Geschäftsführung**

Frau Corinna Nürnberg  
Frau Anja Schulze

Abwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Olaf Czogalla

Entschuldigt

---

 Öffentliche Sitzung
 

---

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
 

---

Die Sitzung wird vom **stellvertretenden Vorsitzenden Stadtrat Schuster** geleitet. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit sieben anwesenden Stadträten fest und eröffnet die Sitzung.

 2. Bestätigung der Tagesordnung
 

---

**Stadtrat Canehl** nimmt ab 17.05 Uhr an der Sitzung teil.

Zur Tagesordnung gibt es folgenden Änderungsvorschlag:  
 Der Top 6.2 soll vorgezogen und gegebenenfalls Herrn Dr. Mai Rederecht erteilt werden.  
 Die Stadträte stimmen der so angepassten Tagesordnung zu.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung: 7-0-1

 3. Lenkungsausschuss Buckau
 

---

**Stadtrat Guderjahn** nimmt ab 17.10 Uhr an der Sitzung teil.

**Herr Herrmann** (Amt 61) teilt den Stadträten den Termin für eine Informationsveranstaltung zum Straßenausbau der Dorotheenstraße mit. Zum Ausbau der Dorotheenstraße wird es bei der BauBeCon am 23.07.2013 um 18.00 Uhr eine Einwohnerversammlung unter Beteiligung des Tiefbauamtes, Stadtplanungsamtes, des Baubetriebes und des Planungsbüros geben. Die Einladung hierfür wird per Pressemitteilung und direkter Benachrichtigung (Postwurfsendung/Briefkasten) an die betroffenen Einwohner / Anlieger erfolgen.

**Stadtrat Schuster** bittet darum, auch den Fraktionsgeschäftsstellen den Termin mitzuteilen.

**Stadtrat Stern** erkundigt sich nach den Hochwasserschäden im öffentlichen bzw. privaten Bereich im Bereich Buckau.

**Frau Klein** (BauBeCon) informiert über Schäden / Rissbildung / Unterspülung in der Kaimauer und Elbufer. Im Klosterberggarten ist der Inselteich durch Überflutung extrem in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Bepflanzungen müssen komplett ersetzt werden.

Informationen aus dem privaten Bereich liegen noch nicht vor.

**Stadtrat Canehl** hinterfragt den zeitlichen Ablaufplan zur Baumaßnahme Dorotheenstraße. Er verweist auf Gerüchte, wonach die Maßnahme dieses Jahr nicht fertig gestellt wird.

Nach Fertigstellung der Gaertnerstraße nach Aussage des Baubetriebes voraussichtlich Ende August soll anschließend mit der Umsetzung der Baumaßnahme Dorotheenstraße begonnen werden, teilt **Herr Herrmann** mit.

**Stadtrat Stern** hinterfragt den aktuellen Sachstand zum Netto an der Schönebecker Straße.

**Herr Herrmann:** der Netto-Markt ist nur Mieter und plant nicht selbst.

Ergänzend teilt **Herr Olbricht** (AL 61) noch mit, dass ein Verbrauchermarkt an dieser Stelle nötig ist und erhalten bleiben soll. Ein Aufstellungsbeschluss für einen Bauleitplan zur Qualifizierung des Einzelhandelsstandorts wird vorbereitet. Alternativen müssen geprüft werden.

#### 4. Beschlussvorlagen

---

- 4.1. Entscheidung über das Bestehen des öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Wiesenweg"  
Vorlage: DS0185/13
- 

**Herr Kottke** (FB 62) geht auf den Änderungsantrag zur Drucksache ein. Die Bürgerinformationsveranstaltung, wie im Änderungsantrag gefordert, hat zwischenzeitlich am 25.06.2013 stattgefunden. Darstellung der Baumaßnahme, Erläuterung der Kosten und Zustimmungsabfrage ist erfolgt. Für die Maßnahme haben sich 27 von 47 betragspflichtigen Betroffenen ausgesprochen.

**Stadtrat Stern** möchte wissen, welche Variante vorgestellt und diskutiert wurde.

Es hat keine große Diskussion mehr gegeben, so **Herr Kottke**.

**Stadtrat Rösler**, der an der Bürgerinformationsveranstaltung teilgenommen hat, schildert die Fragenschwerpunkte der Veranstaltung. Insgesamt ist die Maßnahme positiv aufgenommen worden. Hinterfragt wurde u.a.:

- Tiefe der Abwasserleitung / Verweis auf Hochwasser;
- Ausbau der Straße;
- Ausweichstellen, die aber nicht zum Parken angedacht sind.

Er spricht sich für die Drucksache aus.

**Stadtrat Schuster** spricht sich dafür aus, die Abstimmung zur Drucksache und den dazugehörigen Änderungsantrag zurückzustellen.

zurückgestellt

- 4.1.1. DS0185/13/1 - Entscheidung über das Bestehen des öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Wiesenweg"
- 

zurückgestellt

- 4.2. Einziehung eines Abschnitts der Straße Zum Waldsee  
Vorlage: DS0225/13
- 

**Herr Gebhardt** (AL 66) bringt die Drucksache ein. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Berliner Chaussee soll der Tunnel Zum Waldsee / Friedensweiler verfüllt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht favorisiert die Verwaltung die Aufgabe des Tunnels. Der Tunnel ist schon seit dem Hochwasser 2002 in schlechtem Zustand. Das Hochwasser 2013 macht den Tunnel unbegehrbar (Grundwasser / Schichtenwasser). Um die Durchführung der Baumaßnahme nicht zu gefährden, ist eine rechtswirksame Einziehung des Straßenabschnittes nötig. Er verweist auf die schon vorhandene Lichtsignalanlage (LSA) am Ehlegrund und die Planungen zu einer weiteren an der Einmündung Zum Friedensweiler.

**Stadtrat Schuster** findet den zeitlichen Rahmen ungünstig. Er spricht sich dafür aus, zuerst die LSA zu installieren und dann den Tunnel zu verfüllen.

**Herr Gebhardt** verweist auf die bereits vorhandene LSA. Der Tunnel wird erst gesperrt werden, wenn die Einfahrt Friedensweiler hergestellt ist. Die Einziehung der Straße wird frühestens 2014 erfolgen. Hier geht es um die Legitimation der Verwaltung zum Handeln.

**Stadtrat Rösler** spricht sich dafür aus, von der zukünftigen LSA einen schmalen Fußweg am Bahndamm entlang zu errichten. Ein schmaler Fuß/ Radweg für eine kurze Anbindung. Sofern sich die Grundstücke im städtischen Eigentum befinden, wird die Verwaltung die Möglichkeit zur Anbindung prüfen, so **Herr Gebhardt**.

**Stadtrat Stern** verweist auf den vollen Fördertopf und hinterfragt Fördermöglichkeiten. Alle Förderanträge sind fehlgeschlagen, teilt **Herr Gebhardt** mit.

Abstimmung zur DS0225/13: 8-0-1

4.3. Lärmschutzwand Kanonenbahn, Kreuzung Am Hammelberg  
(Stahlbau Magdeburg GmbH)  
Vorlage: DS0227/13

---

**Herr Gebhardt** (AL 66) erläutert die verschiedenen Varianten von Lärmschutzwänden. Die Variante 5 (begrünte Lärmschutzwand) ist die Vorzugsvariante der Verwaltung.

**Stadtrat Stern** erkundigt sich nach der Beteiligung der Firma Stahlbau Magdeburg GmbH. Die Firma Stahlbau Magdeburg GmbH stellt das Grundstück zur Errichtung der Lärmschutzwand zur Verfügung. An den Pflegemaßnahmen wird sie sich aber nicht beteiligen, informiert **Herr Gebhardt**.

Abstimmung zur DS0227/13: 8-1-0

4.4. Aufnahme von Windkraftanlagen zu Forschungszwecken in den  
Regionalen Entwicklungsplan  
Vorlage: DS0135/13

---

**Herr Wrede-Pummerer** (Amt 61) bringt die Drucksache ein.

**Stadtrat Stern** spricht sich gegen die Errichtung einer Windkraftanlage im Gewerbegebiet Nord aus, die Fläche soll als Gesamtfläche erhalten bleiben. Unproblematisch sieht er die Errichtung einer Windkraftanlage im Bereich Deponie Hängelsberge. Er spricht sich dafür aus, die Drucksache in zwei Stufen aufzuteilen. Zuerst sollen die Entwicklungsmöglichkeiten an der Deponie Hängelsberge geprüft, untersucht und vorbereitet werden.

**Stadtrat Meinecke** hinterfragt einzelne Details (Höhe, Durchmesser Turm /-umfang) der Windkraftanlage.

**Stadtrat Schuster** erkundigt sich nach dem Verlauf des Genehmigungsverfahrens. Er fragt, inwieweit der StBV im Genehmigungsverfahren noch beteiligt wird.

**Stadtrat Rösler** spricht sich dafür aus, den entsprechenden Lenkungsausschuss zu beteiligen bei Flächenverkauf. Er stimmt **Stadtrat Stern** zu, zuerst die Entwicklung an der Deponie Hängelsberge zu beschließen. Er hinterfragt weitere Beteiligungsmöglichkeiten für Ausschuss oder Stadtrat.

**Herr Wrede-Pummerer** teilt mit, dass der Antrag auf das Erlangen der raumordnungsrechtlichen Genehmigungsvoraussetzung zielt. Die vorhabenbezogene Zulässigkeit einzelner Windenergieanlagen wird dann konzentriert im Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz geprüft. Hier ist die Beteiligung von Ausschüssen und Stadtrat nicht vorgesehen.

**Stadtrat Stern** spricht sich für einen Änderungsantrag (zuerst Entwicklung Deponie Hängelsberge) zur Drucksache aus.

**Stadtrat Schuster** spricht sich für eine Festlegung von Höhe und Größe aus, er verweist auf den enormen Schattenwurf der Rotorenblätter.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) geht zuerst auf die Errichtung / Genehmigung der Prototypen in der Zone I ein, die als Werbung für den Turmbau dienen.

Im Gewerbegebiet Nord (Glindenberger Weg) besteht der Wunsch des Eigentümers eine Windkraftanlage zu installieren.

**Stadtrat Schuster** stellt fest, dass im Norden keine Gewerbeflächen für Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt werden sollten und spricht sich für einen Kompromissvorschlag im Änderungsantrag aus.

**Herr Olbricht** (AL 61) verweist auf die Möglichkeit eines Genehmigungsvorbehaltes.

**Stadtrat Stern** sieht genug Abstand für Ottersleben gegeben bei der Errichtung von Windkraftanlagen an der Deponie Hängelsberge. Dem Vorhaben in Rothensee kann er nur unter der Möglichkeit des Genehmigungsvorbehaltes des StBV zustimmen.

**Stadtrat Canehl** spricht sich für die Drucksache aus.

**Stadtrat Rohrßen:** der Investor kann auch in Ottersleben bauen. Er sieht Probleme bei der späteren Einflussmöglichkeit durch den StBV.

**Stadtrat Schuster** erkundigt sich nach Möglichkeiten des StBV zur weiteren Einflussnahme auf das Bauvorhaben.

**Herr Dr. Scheidemann** geht auf das Genehmigungsverfahren bezüglich Baurecht ein und er verweist darauf, dass der Eigentümer und kein Investor / Entwickler hinter dem Antrag am Glindenberger Weg steht.

**Stadtrat Stern** kritisiert die Vorlage der Verwaltung. Die Vorlage ist verwirrend, obwohl ein konkretes Vorhaben dahinter steht.

**Herr Olbricht** geht auf den regionalen Entwicklungsplan ein sowie auf die Möglichkeit zur Einflussnahme durch einen Genehmigungsvorbehalt in der Baugenehmigung.

**Stadtrat Rohrßen** befürchtet immer noch zu wenig Einflussnahme.

**Stadtrat Rösler** spricht sich für die Entwicklung an der Deponie Hängelsberge aus und bittet um Erstellung von Beschlussdrucksachen zum Thema.

**Herr Wrede-Pummerer** verweist auf die Möglichkeit der Steuerung durch Bebauungsplanverfahren.

**Herr Dr. Scheidemann** erläutert den regionalen Entwicklungsplan. Die Zulässigkeit von Windkraftanlagen für Entwicklungszwecke ist nicht vorgesehen. Hiermit soll die Öffnung für die Zulässigkeit von diesen Windkraftanlagen geschaffen werden.

**Stadtrat Meinecke** spricht sich dafür aus:

1. Größe, Leistung und Höhe für die Genehmigung festzulegen;
2. Baurechtliche Maßnahmen festlegen und den StBV rechtzeitig mit einzubinden.

**Herr Dr. Scheidemann** schlägt vor, die Drucksache bis zur nächsten Sitzung (29.08.2013) zurückzustellen. Die Verwaltung prüft, inwieweit der StBV über die Erteilung / Versagung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens auf Vorhabenebene beteiligt werden kann.

Die Stadträte stimmen dem Vorschlag von **Herrn Dr. Scheidemann** zu.

zurückgestellt

- 4.5. Einleitung Satzungsverfahren vorhabenbezogener  
Bebauungsplan Nr. 153-1.1 "Ziolkowskistraße 15 g/f"  
Vorlage: DS0105/13
- 

**Stadtrat Bartelmann** verlässt um 17.50 Uhr die Sitzung.

**Frau Heinicke** (Amt 61) erläutert die Planungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Zielstellung des Vorhabenträgers ist, einen Wohnpark mit insgesamt 9 Einfamilienhäusern und dazugehöriger Erschließungsstraße zu errichten. Die Verwaltung empfiehlt das Vorhaben abzulehnen, da das Vorhaben nicht mit den Ausweisungen im Flächennutzungsplan übereinstimmt.

Abstimmung zur DS0105/13: 8-0-0

- 4.6. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 489-2 "Am Volkspark"  
Vorlage: DS0095/13
- 

**Frau Bartel** (Amt 61) erläutert die Drucksache. Planungsziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung von Baurecht für die Errichtung von 10 Einfamilienhäusern.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die Anbindung der Erschließungsstraße. Ein Teil der Atzendorfer Straße befindet sich im Bebauungsplangebiet, wird dieser Teil neu gestaltet und was wird mit dem restlichen Teil der Straße.

**Frau Bartel** teilt mit, dass die Atzendorfer Straße von den Planungen ausgenommen bleibt und verweist auf den guten Zustand der Straße.

**Stadtrat Rohrßen** kritisiert die Anwendung des § 13 a BauGB, es fehlt eine Begründung in der Drucksache.

**Herr Olbricht** (AL 61) verweist auf die langen Durchlaufzeiten von Drucksachen. Bei Neuerstellung von Drucksachen wird zukünftig über das Prüfergebnis zum § 13 a BauGB in der Begründung ausgeführt.

**Stadtrat Canehl** erkundigt sich nach der früheren Nutzung des Gebietes. Das Gebiet ist als Kleingarten genutzt worden, weiß **Stadtrat Schuster** zu berichten.

Abstimmung zur DS0095/13: 6-2-0

- 4.7. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 402-4 „Östlich Emanuel-  
Larisch-Weg“  
Vorlage: DS0066/13
- 

**Frau Bartel** (Amt 61) erläutert die Drucksache. Planungsziel ist, Baurecht für ein allgemeines Wohngebiet zu schaffen zur Errichtung von Einzel- und Doppelhäusern.

**Stadtrat Canehl** spricht sich gegen eine Förderung mit Stadtumbaumitteln aus und stellt fest, dass der Baubeginn schon stattgefunden hat. Er fragt, wer finanziert den Ausbau Emanuel-Larisch-Weg.

**Frau Bartel** stellt klar, dass noch kein Baubeginn stattgefunden hat, **Stadtrat Canehl** verwechselt dies mit der Baumaßnahme des DRK.

**Stadtrat Schuster** geht auf den schlechten und viel zu schmalen Zustand der Straße Emanuel-Larisch-Weg ein. Des Weiteren fragt er, die Anzahl der geplanten Häuser.

**Frau Bartel** verweist auf das Planverfahren und dazugehörigen Gespräche mit den Verkehrsbehörden der Verwaltung. Im südlichen Bereich ist die Breite völlig ausreichend.

**Stadtrat Krause** hinterfragt die Erschließung und mögliche Ampelregelungen. Er hält die Straße für zu schmal.

**Frau Bartel** verweist auf das weitere Planverfahren, eine Ampelanlage ist nicht vorgesehen.

**Stadtrat Rohrßen** stellt fest, dass im Beschlussvorschlag der Hinweis auf die Anwendung des § 13 a BauGB fehlt und formuliert einen Änderungsantrag.

*Im Beschlussvorschlag werden im Beschlusspunkt 1 nach den Worten „ein Bebauungsplan“ die Worte „im Verfahren nach § 13 a BauGB“ eingefügt.*

*Begründung:*

*Das laut Begründung gewählte besondere Verfahren muss sich im Beschlusstext wieder finden.*

*Folglich lautet der Beschlussvorschlag unter Punkt 1:*

1. *Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:*

- *im Norden durch die Nordgrenze des Flurstücks 107/3,*
- *im Osten durch die Ostgrenzen der Flurstücke 107/3, 107/1 und 3301/107,*
- *im Süden durch die Südgrenzen der Flurstücke 3301/107 und 10161 und deren Verlängerung nach Westen,*
- *im Westen durch die Westgrenze des Flurstücks 103 (teilweise) bis auf Höhe des in Ost-West-Richtung verlaufenden Abschnitts der Westgrenze des Flurstücks 10161, dieser folgend, sodann durch die Westgrenze des Flurstücks 10160, die Nordgrenze des Flurstücks 10160 (teilweise), und die Westgrenzen der Flurstücke 107/1 und 107/3,*

*ein Bebauungsplan **im Verfahren nach § 13 a BauGB** aufgestellt werden.  
Alle Flurstücke befinden sich in der Flur 438.*

*Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan,  
welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.*

*Abstimmung zum Antrag: 7-0-1*

**Stadtrat Canehl** fragt, warum das Rot-Kreuz-Gebäude nicht im Bebauungsplangebiet enthalten ist.

**Frau Bartel** verweist auf die Antragstellung durch den Eigentümer.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die Fördermittelnachfragen von **Stadtrat Canehl**.

**Frau Bartel** verweist noch einmal auf die Verwechslung des Gebietes. Für das Plangebiet östlich Emanuel-Larisch-Weg sind keine Fördermittel beantragt und für diese Baumaßnahmen werden auch keine Fördermittel bewilligt werden.

*Abstimmung zur geänderten DS0066/13: 7-0-1*

- 4.8. Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan Nr. 355-4.1 "Hängelsbreite"  
Vorlage: DS0070/13
- 

**Frau Bartel** (Amt 61) bringt die Drucksache zur Einleitung des Satzungsverfahrens „Hängelsbreite“ ein.

**Stadtrat Schuster** erkundigt sich nach der Flächenberäumung, die auf dem Bebauungskonzept (Luftbild) schon sichtbar sind.

**Frau Bartel** versichert, dass noch kein Eingriff auf dem Gelände stattgefunden hat. Die Darstellungen im Luftbild sind Planungen / Fotomontagen.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die zukünftige Anbindung der Wohngebäude.

Um den Eingriff an dem geschützten Biotop so gering wie möglich zu gestalten, sollen die dort benötigten Zufahrten zu den künftigen Grundstücken immer für zwei Häuser gemeinsam ausgebildet werden, teilt **Frau Bartel** mit.

Abstimmung zur DS0070/13: 5-0-3

- 4.9. 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 431-1A "Ottersleber  
Chaussee/Am Hopfengarten", Teilbereich A und öffentliche  
Auslegung des Änderungsentwurfes  
Vorlage: DS0153/13
- 

**Frau Bartel** (Amt 61) erläutert die 3. Änderung des Bebauungsplanes. Die 3. Änderung wird, da es sich nur um die Festsetzung einer öffentlichen Verkehrsfläche handelt, im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt.

**Stadtrat Canehl** geht auf die Veränderung der Gebäudestruktur ein und hinterfragt mögliche Anpassungen an die Geschossigkeit sowie die Straßenbreite.

**Frau Bartel** geht auf die Straßenplanung ein, die amtsübergreifend abgestimmt ist, und erläutert die Erforderlichkeit der Straßenbreite. Bei der Länge der Straße ist ein extra Fußweg erforderlich, das Gebiet ist als Mischverkehrsgebiet festgelegt und sie verweist auf den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages zum Plangebiet.

**Herr Gebhardt** (AL 66) ergänzt die Maße der Straßenbreite (Gehweg, Fahrbahn, Randstreifen).

Abstimmung zur DS0153/13: 8-0-0

- 4.10. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan  
Nr. 334-1 "Kroatenweg/Bergstraße"  
Vorlage: DS0122/13
- 

Das frühere Planungsziel, ein Mischgebiet auszuweisen, ist überholt, die planungsrechtliche Beurteilung kann nach § 34 BauGB erfolgen, erläutert **Frau Bartel** (Amt 61) die Drucksache. Aus städtebaulicher und planungsrechtlicher Sicht sind momentan keine Gründe erkennbar, die gegen eine Aufhebung des Bebauungsplanes sprechen würden.

**Stadtrat Stern** sieht das anders und spricht sich gegen die Drucksache aus. Er ist mit dem Vorschlag der Verwaltung nicht einverstanden und verweist auf das hier entstandene „Sondergebiet“ (Rewe, Aldi, Netto), was hier entstanden ist. Wird der Bebauungsplan jetzt aufgehoben, wie wird dann auf möglichen Betreiberwechsel reagiert werden. Er geht auf die Situation am Kreuzungsbereich ein, die so nicht hinnehmbar ist.

**Frau Bartel** erläutert die Berücksichtigung der Straßenbahntrasse und geht auf das Märktekonzept ein.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) verweist auf das Planfeststellungsverfahren in Bezug auf MVB-Maßnahmen, z. B. bei Haltestellenplanungen.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die konkrete Situation zum Rewe-Standort.

**Frau Bartel** verweist auf das Bestandsgebäude.

Abstimmung zur DS0122/13: 2-2-4 nicht empfohlen

4.11. Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 301-2  
"Olvenstedt 5.2" einschließlich der Satzung zur 1. Änderung  
Vorlage: DS0173/13

---

**Stadtrat Canehl** verlässt die Sitzung.

Die wesentlichen Ziele des Bebauungsplanes sind bereits umgesetzt, eine städtebauliche Ordnung kann hinreichend über § 34 BauGB geregelt werden, erläutert **Frau Bartel** die Gründe der Aufhebung des Bebauungsplanes.

Es gibt keine Nachfragen und der stellvertretende Vorsitzende **Stadtrat Schuster** lässt über die Drucksache abstimmen.

Abstimmung zur DS0173/13: 7-0-0

## 5. Anträge

---

5.1. Erweiterung des Sitzplatzangebotes auf dem Spielplatz  
Schellheimer Platz  
Vorlage: A0036/13

---

**Herr Noffz** (EB SFM) erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und verweist auf die nicht vorhandene Deckungsquelle zur Umsetzung der Maßnahme.

**Stadtrat Rösler** begründet die Notwendigkeit zur Errichtung weiterer Sitzmöglichkeiten im Bereich Spielplatz Schellheimerplatz.

**Stadtrat Rohrßen** sieht den Bedarf ebenfalls gegeben. Das Prüfergebnis der Verwaltung bestätigt das. Das Problem ist die Finanzierung der Maßnahme.

Abstimmung zum Antrag A0036/13: 6-1-0

5.1.1. Erweiterung des Sitzplatzangebotes auf dem Spielplatz  
Schellheimerplatz  
Vorlage: S0072/13

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Wiederherstellung Rundbänke Olven I  
Vorlage: A0042/13

---

**Stadtrat Rösler** nimmt ab 18.45 Uhr nicht mehr an der Sitzung teil.

**Stadtrat Krause** begründet seinen Antrag.

**Stadtrat Schuster** verweist auf die Beschlusslage zur Drucksache DS0016/13.

Abstimmung zum Antrag A0042/13: 6-0-0

5.2.1. Wiederherstellung Rundbänke Olven I  
Vorlage: S0077/13

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.3. Verkehrsberuhigung in der Spielhagenstraße  
Vorlage: A0044/13

---

**Stadtrat Canehl** nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Stadtrat Meinecke** kann die aufgezeigten Probleme in der Stellungnahme nachvollziehen. Die Umsetzung von provisorischen Maßnahmen (Querungshilfe, Schrägparken) im Jahr 2013 wäre wünschenswert / hilfreich.

Durch den sehr breiten Straßenraum kann den Verkehrsteilnehmern schlecht die Notwendigkeit einer Tempo 30-Zone vermittelt werden. Im Ergebnis bedeutet das, dass nur die Errichtung einer Tempo 30-Zone ohne bauliche Veränderungen ungeeignet erscheint, erläutert **Frau Baumgart** (Amt 61) die Stellungnahme der Verwaltung.

Sie verweist auf die bauliche Umgestaltung in der Albert-Vater-Straße und die damit verbundenen Kosten von ca. 1.000 € pro Querungshilfe. Sie stellt noch einmal klar, dass auch bei provisorischen Maßnahmen Kosten entstehen.

**Stadtrat Meinecke** vermisst diese Aussagen zu den Kosten in der Stellungnahme.

**Frau Baumgart** geht auf mögliche Lösungen im Bereich Straßenraumgestaltung ein. Für Querungshilfen muss das Dezernat im Haushaltsplan zukünftig eine Position berücksichtigen.

**Stadtrat Schuster** bittet um Aussagen zu den Kosten bis zur Stadtratssitzung.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) sichert dieses zu.

Abstimmung zum Antrag A0044/13: 7-0-0

5.3.1. Verkehrsberuhigung in der Spielhagenstraße  
Vorlage: S0098/13

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 5.4. Verkehrsplanung im Kontext der Neugestaltung der ÖPNV-Haltestelle Kroatenweg  
Vorlage: A0030/13
- 

**Stadtrat Krause** führt zum Antrag aus.

**Frau Baumgart** (Amt 61) erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Die MVB bereitet momentan das erforderliche Planfeststellungsverfahren vor. Für eine Umgestaltung des Haltestellenbereiches Kroatenweg ist derzeit keine Möglichkeit gegeben. Ein barrierefreier Ausbau wird erst im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt erfolgen. Die Planung der MVB umfasst nur die Haltestellen. Die Umgestaltung des Kroatenweges und der Halberstädter Chaussee bis zur Bergstraße muss in Regie der Landeshauptstadt Magdeburg erfolgen.

Abstimmung zum Antrag A0030/13: 7-0-0

- 5.4.1. Verkehrsplanung im Kontext der Neugestaltung der ÖPNV-Haltestelle Kroatenweg  
Vorlage: S0103/13
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 5.5. ÖPNV-Anbindung Beimsstraße – alternative Prüfung unter Einbeziehung der Buslinien 52 und 55  
Vorlage: A0031/13
- 

**Frau Baumgart** (Amt 61) erläutert die Stellungnahme. Sie geht auf die Probleme mit dem ruhenden Verkehr in der Beimssiedlung bei Veränderung der Linienführung ein und sie weist auf die entstehenden Mehrkosten bei einer Verlängerung der am Schlachthof endenden Linie 52..

Die Stadträte hätten eine Linienführung als Anlage zur Stellungnahme als hilfreich empfunden und bitten um Bereitstellung einer Kartengrundlage bis zur Stadtratssitzung.

Abstimmung zum Antrag A0031/13: 2-1-4

- 5.5.1. ÖPNV-Anbindung Beimsstraße – alternative Prüfung unter Einbeziehung der Buslinien 52 und 55  
Vorlage: S0101/13
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

---

## 6. Informationen

---

### 6.1. Qualifizierung des Verkehrslandeplatzes Magdeburg Vorlage: I0142/13

---

**Herr Nitsche** (BG III) bringt die Information ein. Er geht auf die Ergebnisse der Untersuchung zum interfraktionellen Antrag detailliert ein.

Er verweist auf:

- Gültigkeit des vorhandenen Planfeststellungsbeschluss;
- Investitionskosten ca. 4,4 Mio. €, mit Grunderwerb und Umverlegung;
- Finanzierungsquellen:  
städtischer Haushalt  
Fördermittel.

**Stadtrat Schuster** spricht sich für zeitliche Einschränkungen beim Sportflugbetrieb aus (Ruhezeiten 12.00 Uhr – 14.00 Uhr).

**Stadtrat Canehl** geht auf frühere Aussagen zur Anfrage im Landtag 2011 ein, dass es keine finanzielle Unterstützung vom Land geben wird.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

### 6.2. Entwicklungen im Umfeld der Maybachstraße Vorlage: I0086/13

---

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) bringt die Information ein.

Die Durchführung eines internationalen Workshops für das gesamte Gebiet Maybachstraße ist problematisch. Ein Freistellungsbescheid von der eisenbahnrechtlichen Widmung liegt für die Flächen westlich der Maybachstraße vor. Hier hat die Stadt Planungshoheit.

Für den östlichen Bereich der Maybachstraße bestehen nach Aussagen des Eisenbahnbundesamtes keine Aussichten auf flächenhafte Entwidmung. Hier ist und wird auch zukünftig eine bahngeländebundene Nutzung stattfinden. Hier liegt die Planungshoheit bei der Deutschen Bahn AG und nicht bei der Stadt. Eine Einbeziehung dieser Flächen in einen Workshop ist zwar möglich, die so erhaltenen Entwicklungsabsichten aber nicht umsetzbar. Es wäre kaum vermittelbar 100.000 € für Ideen auszugeben, die aufgrund fehlender Voraussetzungen nie umgesetzt werden können.

In den letzten Jahren sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die Festungsanlage im Bereich Maybachstraße für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen bzw. erlebbar zu gestalten. Die Stadt ist auch weiterhin bestrebt, die Sanierung der Festungsanlage weiter fortzuführen.

Er geht auf die Ist-Situation ein und erläutert die weiteren Planungen. Ein Workshop ist damit nicht ausgeschlossen, stellt er abschließend fest.

**Stadtrat Rohrßen** zweifelt die Aussagen in der Information an.

Die Ursprungsidee war für das Bahngelände einen städtebaulichen Workshop durchzuführen. Er stellt fest, wenn die Bahn Flächen verkaufen will und die Stadt kauft nicht, wird es andere Eigentümer geben.

Die öffentliche Zugänglichkeit für die Festungsanlagen und Wege soll hergestellt und erhalten bleiben. Eingestelltes Geld sieht er schon wieder für andere Maßnahmen verplant.

Abschließend möchte er noch wissen, wann findet endlich der Workshop statt.

**Stadtrat Stern** geht auf die Bedeutung der Festungsanlage für die Stadt ein und kritisiert, dass bisher zu wenig in diesem Bereich für die Festungsanlagen unternommen wurde. Er verweist auf die Graffiti-Schmierereien und erkundigt sich und hinterfragt den Stand des

Bebauungsplanes der in diesem Bereich entwickelt werden sollte. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, die Flächen der Deutschen Bahn AG jetzt mit zu überplanen und nicht zu warten, bis die Bahn die Flächen entwidmet. Dieses könnte sich dann nachteilig für die Stadt auswirken. Er fasst drei Schwerpunkte zusammen:

- Erfahrungsaustausch mit Vertretern anderer Städten, die ähnliche Anlagen besitzen (z. B. Erfurt, Lutherstadt Wittenberg). Das Thema Umgang mit den Festungsanlagen und Finanzierungsmöglichkeiten sollte zusammen mit Vertretern des Festungsbeirates, der Verwaltung, der Verwaltung aus anderen Städten und dem StBV diskutiert werden.
- Mit Planungen für den östlichen Bereich der Maybachstraße nicht warten, bis die Deutsche Bahn AG ihr Gelände entwidmet, um gegebenenfalls die Flächen städtebaulich im Sinne der Stadt entwickeln zu können.
- Verkehrstechnische Anbindung / Verbindung Stadtfeld – Innenstadt langfristig betrachten

**Stadtrat Meinecke** stellt fest, dass in naher Zukunft kaum mit weiterer Entwicklung in dem Festungsbereich zu rechnen ist. Des Weiteren hält er eine bahngesicherte Nutzung für wichtig.

**Herr Dr. Scheidemann** fasst zusammen:

1. Schritt (in Vorbereitung des Workshops)

Verbindung zu anderen Städten aufnehmen und zu den Festungsanlagen zu einem Informationsaustausch mit anderen Städten mit Vertretern aus Festungsbeirat und Städten wie Erfurt od. Wittenberg zum Erfahrungsaustausch einladen.

2. Schritt - Ergänzung / Überarbeitung der Information:

Alle bisher stattgefundenen Vorstellungen und Planungen werden in einer weiteren Information zusammengestellt.

Abschließend weist **Herr Dr. Scheidemann** noch einmal darauf hin, dass sich die Entwicklung in der Bauleitplanung gravierend verändert hat. Es erfolgt kaum noch eine Angebotsplanung durch die Stadt, sondern die Stadt reagiert nur noch auf Investorenanliegen. In der Regel werden diese Bebauungspläne aber aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

**Stadtrat Rohrßen** weist noch einmal auf die Gesamtbetrachtung des Gebietes und den damit verbundenen internationalen Workshop hin.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 7. Mitteilungen und Anfragen

---

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) führt zu einer Ordnungsverfügung aus. Im Bereich SKET – Freie Straße ist die Fassade der Kranbauhalle erheblich beschädigt und hat die weiteren Baumaßnahmen zunächst gefährdet. Für das stark einsturzfähige Bauwerk, begünstigt durch das Hochwasser (Grund- / Schichtenwasser), ist wegen Gefahr in Verzug auch für Leib und Leben der Beschäftigten von Betrieben dann der Abriss der Halle angeordnet worden.

**Stadtrat Canehl** hat folgende Hinweise:

- vorhandene gelbe Flexringe / -rohre an den Bäumen zwischen Einsteinstraße und Behringstraße;
- Terrassennutzung im Bereich Hasselbachplatz ist mittlerweile im gesamten Gehwegbereich ausgedehnt;
- Entfernung Verkehrsschild „Gehwegbenutzung für Radfahrer frei“ im Bereich Olvenstedter Platz Richtung Europaring hat jetzt zur Folge, dass der Bereich durch PKW zugeparkt wird;
- Kreuzungsbereich Große Diesdorfer Straße / Adelheidring / Gerhardt-Hauptmann-Straße / Bakestraße ist uneinsehbar durch parkende PKW.

**Herr Gebhardt** (AL 66) wird die Sachverhalte klären lassen.

**Stadtrat Guderjahn** bittet um Überprüfung der Baustellenbeschilderung im Bereich Gaertnerstraße – Dorotheenstraße. Er teilt mit, dass keine Beleuchtung vorhanden ist, was zu Behinderung / Problemen für Fußgänger / Anwohner führt.

**Herr Gebhardt** wird die Absperrung überprüfen lassen.

**Stadtrat Rohrßen** fragt, warum das ISEK nicht in den Ausschüssen vorgestellt wird.

**Stadtrat Schuster** weist auf den Baustillstand im Bereich der Kreuzung Dodendorfer Straße / Fermersleber Weg hin.

**Herr Gebhardt** wird dieses klären lassen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Frank Schuster  
Stellvertretender Vorsitzende/r

Corinna Nürnberg Anja Schulze  
Schriftführer/in